

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- DM. Die Postämter, Kioske und Buchhandlungen sind mit dem Wilsdruffer Tageblatt für den Vertrieb beauftragt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Kr. 12 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Wilsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volkshd.: Dresden 2640 Freitag, den 15. Januar 1932

Die Frage an Amerika.

Man spricht von Rom, Paris, London aus nach Washington. — zwar nicht mit Granaten, wohl aber mit Bitten, Mahnungen. Die Frage ist, ob es sich lohnt, die Herabminderung, am besten wegen einer völligen Erreichung der allgemeinen Kriegsschulden mit sich reden lassen. Angeblich sollen die ersten „goldenen Augen“ von Frankreich aus abgefeuert sein, womit gemeint ist, daß von dort her das maniere, im Herbst bereits eifrig und mit durchschlagendem Erfolg betriebene Spiel wieder aufgenommen werden soll, französische Forderungen in Amerika millionenweise in Gold umzuwandeln zu lassen. Und solange die Vereinigten Staaten noch kein Goldausfuhrverbot besitzen, kann man dann den „deadly dust“, den „tödlichen Staub“, wie der Amerikaner das Gold bisweilen nennt, in möglichst großen Mengen nach Frankreich überziehen in die Ackerflur unterhalb der Banque de France. Aber man will trotzdem in Washington nicht nachgeben; als zu eindeutig hat der Kongreß seine unbedingte ablehnende Stellungnahme kundgetan. Nicht einmal einen der sonst so beliebten „Reobachter“ wird Hoover nach Lausanne schicken. Man kann es ihm wirklich nicht verdenken! Denn was hat Europa aus dem „Keterjahr“ gemacht, das er gewiß nicht um der „schönen blauen Augen“ Deutschlands vor sich, sondern um in der Weltkrise endlich einen neuen Auftrieb vorzubereiten und einzuleiten. Die Erfahrungen, die Hoover damit machte, und jene anderen Vorwürfe, die ihm der Kongreß mehr als reichlich zuteil werden ließ, haben „sein Bedürfnis gedeckt“, noch einmal die Finger irgendwo in den europäischen Topf zu stecken, in dem der Reparationsstreit brodelt. Denn er hat sich — dank Paris, London und den anderen allzu nachgiebigen Regierungen — diese Finger dabei gehörig verbrannt.

Darum rückt Hoover auch nicht von jenem Standpunkt ab, den er unumstößlich nach dem sonderbaren Versuch Ludlows in Washington genau und kurz dahin umschrieb, daß Europa von sich aus erst einmal das ganze internationale Kriegsschuldenproblem in Angriff nehmen sollte: die ehemaligen Alliierten seien für Washington die Schuldner, nicht Deutschland. Und nun geht von Paris der Vorschlag aus — man sucht vergeblich auch die Engländer dafür zu gewinnen —, daß Deutschland zwar für den bedingten Teil der Tribute Zahlungsausschub erhalten, in Höhe des 650 Millionen betragenden unbedingten Teiles aber Schuldverpflichtungen (Bonds) vergeben sollte, die dann unter die Alliierten verteilt und von diesen zur Zahlung ihrer Schulden an Amerika benutzt werden. Damit würde also die Forderung des amerikanischen Gläubigers mit direkten deutschen Zahlungsvpflichtungen „betriedigt“ werden. Schon diese Verknüpfung der interalliierten Kriegsschuldenzahlung mit den deutschen Reparationsverpflichtungen hat man sich in Washington sofort verbeaten; angeführt der wirtschaftlich-finanziellen Lage der Deutschen Reichsbahn, die diese rasch um jährlich 650 Millionen anwachsende Schuld zu verzinsen hätte, dürfte man übrigens auch die Bonds entweder vornehm als „Non valeurs“ oder weniger vornehm als „oberflüssig“ betrachten und behandeln.

Bei den Drohungen gegen Amerika, bei dem Verlangen, es solle mit einer großzügigen Geste den Alliierten die Kriegsschulden erlassen, ist für das deutsche Urteil und für unsere Stellungnahme natürlich das eine entscheidend: fordert man dies von Amerika mit dem gleichen Zeitigen Versprechen an Deutschland, daß man nun auch uns gegenüber das gleiche tut, nämlich auch eine restlose Streichung der Reparationen vollzieht, wenn das an Amerika gefestigte Verlangen drüben doch Gehör findet? Welter ist nämlich diese Frage immer noch mit einem Nein beantwortet worden. Nach dem Young-Plan würde uns eine Verminderung der interalliierten Kriegsschulden nur zu einem bestimmten Teil auf unsere Leistungsvpflichtungen angerechnet werden; jetzt scheint man in Paris beinahe so weit zu sein, zuzulassen, daß eine hundertprozentige Anrechnung erfolgen würde, — aber, um ein bekanntes Wort entsprechend abgeändert zu zitieren: „An den unbedingten Zahlungsvpflichtungen soll ihr Deutsche nicht drehen und dreheln!“

Wenn also die europäischen Siegerstaaten sich zu einer auch formellen Streichung aller, aber auch aller Forderungen gegenüber Deutschland entschließen würden — ein Jahre nach „Friedensschluss“ —, wenn man dann, aber auch nur dann mit dem Verlangen an Amerika herantreten würde, das gleiche zu tun, so hieße das wirklich an Amerika die Frage richten, ob es der Welt und der Weltwirtschaft den Frieden und die Gesundung wiedergeben wolle oder nicht. Europa hätte dann gutgemacht, was es am Gedanten des Hoover-Friedensabzuges so schwer gefährdet hat und das am allerwenigsten jetzt dadurch ausgebessert oder verkleinert wird, wenn man Amerika in die Damentischen des Goldentzuges nehmen wollte. Eigentlich ist es doch höchste Zeit, andere Methoden anzuwenden als die der Kredit- und währungsrechtlichen Gewalttat!

■ Fördert die Ortspresse ■

Die nächste Aufgabe

Zwischen Lausanne und Reichspräsidentenwahl.

Die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl im Reichskabinett dürften in der nächsten Zeit wieder in den Hintergrund treten gegenüber Beratungen für die Lausanner Konferenz. Mit diesen Beratungen hatte sich bisher der sogenannte Reparationsausschuß der Reichsregierung eingehend beschäftigt; und das Ergebnis seiner Beratungen wird die Grundlage bilden für die jetzt beginnenden eingehenden Erörterungen im Kabinett. Ferner wird eine Reihe laufender Angelegenheiten verabschiedet werden, die im Laufe der letzten Zeit zu kurz gekommen sind. Dazu gehört die Entscheidung über den noch nicht vergebenen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn, ferner die Frage der Bankensuktion und die Ergänzung einiger Punkte der Osthilfe. Schließlich ist damit zu rechnen, daß Reichsernährungsminister Schiele dem Kabinett seine neuen Vorschläge unterbreiten wird, besonders die Erhöhung des Butterzolls.

In der Angelegenheit der Präsidentenwahl sind, wie gesagt, in der nächsten Zeit kaum irgendwelche offizielle Schritte zu erwarten, dagegen nehmen die einmal in Fluß gekommenen Besprechungen und Beratungen zwischen einzelnen Persönlichkeiten und zwischen und innerhalb von einzelnen Parteien ihren Fortgang. Der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens über die Amtverlängerung Hindenburgs, den die Jungdeutsche Bewegung beim Reichsinnenminister gestellt hat, scheint wenig Aussicht auf eine praktische Verwendbarkeit zu haben, schon, weil die Durchführung einer solchen Volksbefragung freilich zuviel Zeit in Anspruch nehmen würde. Die Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Reichspräsidentenwahl erörtert erneut der frühere thüringische Innenminister Dr. Frid. Er forderte, wie in seiner vorausgegangenen Rede, wieder den Rücktritt Brüning bis spätestens zur Reichspräsidentenwahl. Als stärkste Partei Deutschlands hätten die Nationalsozialisten den Anspruch darauf, daß der Reichspräsident aus ihren Reihen gewählt werde. Alles das gelte aber nur unter der Voraussetzung, daß Brüning noch weiter am Ruder bleiben wolle. Etwas anderes sei es, wenn sich diese Sachlage ändere, denn dann könnten die Nationalsozialisten ruhig abwarten. Die Reichsleitung der NSDAP hat sich, wie in München erklärt wird, bisher offiziell noch nicht mit der Volkswahl des Reichspräsidenten befaßt und ihre endgültige Haltung in dieser Frage liege daher auch nicht fest.

Der Reichszankler beim Reichspräsidenten.
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichszankler Dr. Brüning zum Vortrag.

Die Preisentung und die Tribute.
Binnenmarkt und Weltmarkt.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, gab vor dem Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelsstaates einen Überblick über die Preisentung. Wenn gegenwärtig von einer Umstellung allein auf dem Binnenmarkt gesprochen werde, so sei zwar nicht zu verkennen, daß der Binnenmarkt die stärkste Stütze der deutschen Wirtschaft darstelle. Es wäre aber verfehlt, die Arbeit aufzugeben, die mehrere Generationen geleistet haben, um den deutschen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt die hervorragende Stellung zu erringen, die sie gegenwärtig noch immer innehaben. Es kommt darauf an, die einzelnen Preisfaktoren auf Möglichkeiten der Senkung zu untersuchen, wie sie durch Sparmaßnahmen, insbesondere aber auch durch Anwendung der letzten Korrekturen, sich ergeben können. In das Pariser Vertragssystem brachten die neuen Richtlinien des Reichsarbeitsministers die erforderliche Elastizität. Die Preisbildung werde im übrigen selbstverständlich auch stark beeinflusst durch die Anforderungen der öffentlichen Verwaltungswirtschaft, wo Reformen durchgeführt werden müßten. Voraussetzungen für den Erfolg aller Bemühungen sei aber die völlige Streichung der deutschen Auslandaufträge.

Der Präsident des Industrie- und Handelsstaates, Dr. Grund, führte u. a. aus: Der Vajeter Sachverständigenrat richtet den Appell an die Regierungen, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen. Wir glauben, daß solchen Entscheidungen nicht besser vorgearbeitet werden kann, als wenn der Reichszankler in Lausanne in voller Klarheit und Festigkeit die von ihm eingenommene Stellung vertritt. Das Vertrauen der von uns vertretenen deutschen Wirtschaft steht jedenfalls geschlossen hinter ihm.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Die Verhandlungen mit der Margarineindustrie

haben zu einer Aufhebung der Preisbindung für die billigsten Margarinearten geführt. Für diese Sorten bestand bisher eine Kartellbindung, wonach die Preise nicht unter 33 Pfennig gesenkt werden dürften. Da inzwischen aber schon Margarine für 28 und 25 Pfennig verkauft werden konnte, ist die Preisbindung aufgehoben worden. Die übrigen Margarinepreise sind um zehn Prozent gesenkt worden. Die Preisbindungen hierfür bleiben bestehen. Der Reichskommissar betont, daß die Butterpreise auf die Gestaltung der Margarinepreise keinen Einfluß haben.

Das Reichskabinett berät Agrarmaßnahmen.

Berlin, 14. Januar. Wie wir erfahren, ist die nächste Sitzung des Reichskabinetts auf Freitag nachmittags 10 Uhr angesetzt. Neben den laufenden politischen Fragen, zu denen in erster Linie die Reichspräsidentenwahl und die internationalen Konferenzen gehören dürften, stehen vor allem landwirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung, deren grundsätzliche handelspolitische Bedeutung sich auch aus der Rundfunkrede des Ministerialdirektors Pösch erkennen ließ.

Der Hauptpunkt dieses Teiles der Tagesordnung ist, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mitteilt, eine Vorlage des Reichsernährungsministers zur Erhöhung des Butterzolls. Bei Einführung des Zolls von 25 Mark je Zentner würde seinerzeit ein Butterpreis von über 140 Mark als angemessen im Verhältnis zu den Erzeugungskosten angesehen, während der heutige Butterpreis von 97 Mark ohne Zollerhöhung noch weiter sinkende Tendenz hat, weil sich die Währungsentscheidungen und die verstärkten Ueberseehandelsfahrten aus Uebersee noch nicht voll ausgewirkt haben und zudem im Frühjahr die saisonmäßig übliche „Milchschwemme“ bevorsteht. Ein Ausleich gegenüber der Entwicklung wäre etwa bei einem Zoll von 75 Mark je Zentner zu erwarten. Auch dabei wäre dafür Sorge zu treffen, daß bei weiterer Währungsentscheidung im Ausland neue Dumping-Einfuhren selbstständig abgewendet werden können. In vollem Umfang wird sich die Butterzollerhöhung wegen des an Flandern zugestanden und im Wege der Meißbegünstigung auch anderen Einfuhrländern zugute kommen können. Ob auch in der gleichen Kabinettssitzung die Neuregelung des Bürgerweitzgesetzes für die Landwirtschaft erörtert werden kann, steht nach der gleichen Quelle noch nicht fest. Es handelt sich um Dünge- und Düngemittel im Werte von 300 Millionen Mark, widerlegenfalls mit einem Ertragsrückgang bis zu einem Drittel zu rechnen wäre. Das gleiche gilt für die Saatgutversorgung der Landwirtschaft, wenn es sich hier auch um erheblich geringere Beträge handelt. Zur Erwägung stehen bisher unter gegenseitiger Ergänzung zwei Wege: Die Vereinfachung einer Ausfuhrsteuer für einen Teil der unter öffentlicher Kontrolle jetzt noch zu liefern und in den Boden zu bringenden Düngemittel und die Fortberichtigung der neuverschuldeten Dünge- und Düngemittel im gleichen Verhältnis wie die der Steuerzuschüsse.

Der Verkehr im Korridor.
Die Donnerstagvollziehung des Reichsrates.

Der Reichsrat stimmte in seiner Vollziehung dem Abkommen über die Erleichterungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dritten Staaten im Durchgang durch Polen, durch das Gebiet der Freien Stadt Danzig und durch Deutschland sowie im Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und dritten Staaten im Durchgang durch Polen, Danzig und Ostpreußen zu. In einem besonderen Abkommen von 1927 war festgelegt worden, daß einzelne Schnellzüge auf der Strecke Dirschau-Marienburg auch dem internationalen Verkehr dienen dürften. Dieses Sonderabkommen soll nun dadurch erweitert werden, daß der Verkehr zwischen Deutschland und dem Ausland durch den Korridor vollständig dem ursprünglichen Abkommen für den Verkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland unterstellt wird.

Dadurch soll erreicht werden, daß Durchgangsreisende vom Bahnweg und von Zollabgaben sowie überhaupt von allen Zollformlichkeiten befreit werden.

Ferner stimmte der Reichsrat einem Abkommen mit Österreich über die Regelung der Anfuhr- und Uebergangsverhältnisse im Eisenbahnverkehr zu.

Hoover kandidiert wieder.

Der Generalpostmeister Brown, der der Wahlmache Hoovers ist, besuchte den Präsidenten im Weißen Hause. Danach erklärte er, daß Hoover ohne Zweifel wieder bei der Präsidentenwahl aufgestellt werde. Ackerbau-minister Hyde sprach sich ähnlich aus.